

Amt Moorrege

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0209/2016/AMT/BV

Fachteam: Amtsdirektor	Datum: 24.02.2016
Bearbeiter: Rainer Jürgensen	AZ:

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Hauptausschuss des Amtes Moorrege	09.03.2016	öffentlich
Amtsausschuss Moorrege	23.03.2016	öffentlich

Erweiterung des Amtshauses

Sachverhalt:

Das jetzige Gebäude der Amtsverwaltung Moorrege wurde in drei Bauabschnitten errichtet. Das ursprüngliche Gebäude wurde in den 50er Jahren erbaut, der erste Erweiterungsbau erfolgte zu Beginn der 70er Jahre und in den 90er Jahren wurde der letzte Teil erbaut. Nachträglich gab es noch kleinere Umbauarbeiten aufgrund des Beitritts der Gemeinde Appen sowie aktuelle energetischen Maßnahmen.

Folgende räumlichen Probleme können jedoch in der bestehenden Architektur nicht gelöst werden:

- Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben bis auf den Amtsvorsteher und den Bürgermeister der Gemeinde Moorrege keinen adäquaten Arbeitsplatz zur Verfügung. So erfolgt die Postbearbeitung an einem einfachen Tisch, der auf dem oberen Stichflur neben dem Eingang des Herren – WC steht. Hier wäre es wünschenswert, ein Büro vorhalten zu können, das eine vernünftige Ausstattung beinhaltet und den Raum für persönliche Gespräche bietet.
- Das Trauzimmer, welches speziell für Trauungen eingerichtet und dekoriert ist, wird inzwischen als Sprechzimmer für den Schiedsmann, Sprechzimmer für die Suchtberatung von Jugendlichen und als Besprechungsraum der Belegschaft verwendet. Dieses führt dazu, dass die Standesbeamtinnen mit Doppelbelegungen konfrontiert werden und dass das Zimmer für den eigentlichen Anlass immer wieder hergerichtet werden muss. Hier wäre es wünschenswert, entweder ein neues und nur für Trauungen zu verwendendes Zimmer zu schaffen oder aber einen weiteren Raum, der für den Schiedsmann und externe Beratungen zur Verfügung gestellt wird. Außerhalb der externen Belegungen könnte dieser Raum als

Besprechungszimmer für die Belegschaft verwendet werden. Es gibt immer wieder Besprechungsrunden, z.B. mit Architekten, Beratern usw., die für das eigene Büro zu groß und für den Sitzungssaal zu klein sind.

- Die jetzige Raumsituation bietet keine ausreichenden und, wie vom Gesetzgeber gefordert, adäquaten Arbeitsplätze für die Nachwuchskräfte. Daher wird derzeit in einigen Teams nicht ausgebildet, in anderen Teams wird die Nachwuchskraft räumlich in einem anderen Team platziert, was für den Erfolg der Ausbildung nicht der beste Weg ist. Hier wäre es wünschenswert, durch eine bauliche Erweiterung eine Raumsituation zu schaffen, die auch dieses Problem mit einbezieht und löst.
- Die Amtsverwaltung verfügt entgegen den Bestimmungen über kein separates Krankenzimmer. Derzeit befindet sich die Krankenliege im Sozialraum des Kellers, lediglich abgetrennt durch zwei Stellwände. Nötig wäre aber ein eigenständiger Raum, ausgestattet mit Liege, Einmalhandschuhen, Verbandsmaterial, Telefon usw. und zudem innerhalb des Bürotraktes. Mitarbeiterinnen, die sich in Schwangerschaft befinden, haben derzeit nicht die Möglichkeit, sich bei Schwindel oder sonstigen Problemen ungestört in ein Krankenzimmer zurückzuziehen. Gerade vor wenigen Wochen ist einem Kunden des Meldeamtes eine frische Operationsnarbe geplatzt, so dass er sehr stark zu bluten begann. Hier wäre ein entsprechend ausgestatteter Raum, in dem der Kunde bis zum Eintreffen des Notarztwagens hätte bäuchlings liegen können, enorm hilfreich gewesen. So musste der Kunde mit dem Fußboden vorlieb nehmen.
- Auch die eigentliche Bürobelegung ist an ihre Grenzen gestoßen, so muss beispielhaft in einem Team bereits eine Kollegin räumlich in einem anderen Team arbeiten, da ihr am eigentlichen Arbeitsort kein Schreibtisch mehr eingerichtet werden kann.
- Räumlicher Zusammenschluss: Es wäre wünschenswert, wenn durch eine bauliche Erweiterung die Möglichkeit geschaffen wird, die eigentlichen Sachaufgaben auch räumlich zu einer Einheit zu verbinden. So sind bereits jetzt Teile der Finanzen auf dem oberen Flur angesiedelt, die technischen Kollegen jedoch nicht in der Nähe des Baubereiches. Diese Situation lässt sich auch nicht durch interne Umzüge lösen, was eine kleine Arbeitsgruppe bereits in eigenständiger Fleißarbeit entwickelt hat.

Die oben beschriebenen Probleme sind jetzt präsent und unabhängig von einer personellen Aufstockung oder dem Beitritt des Amts Haseldorf zu betrachten. Sofern die Selbstverwaltung dem personellen Mehrbedarf folgt und die neuen Kolleginnen und

Kollegen des Amtes Haseldorf zur Amtsverwaltung Moorrege stoßen, wäre der Erweiterungsbau um diese Punkte zu ergänzen.

Die bestehende Gebäudestruktur liefert auf dem ersten Blick noch Potenzial für eine Erweiterung. So ist denkbar, den vorhandenen Dachboden auszubauen, eine dritte Etage auf das hintere linke Gebäude aufzusetzen, einen Erweiterungsbau vor das Altgebäude zu setzen oder aber dafür Stellflächen auf dem Parkplatz der Beschäftigten zu opfern.

Um alle Möglichkeiten auszuschöpfen und die optimale Variante auch unter Berücksichtigung der Kosten zu ermitteln, wird von der Verwaltung vorgeschlagen, eine Arbeitsgruppe einzurichten. Diese Arbeitsgruppe soll sich dann mit einer kleinen Zahl von entsprechenden Architekten zusammensetzen und mögliche Varianten und Kosten erörtern (kleiner Architektenwettbewerb). Danach wird der Selbstverwaltung spätestens in der letzten Sitzung der Gremien in 2016 ein Beschlussvorschlag unterbreitet.

Finanzierung:

Der genaue Finanzierungsbedarf wäre durch die Arbeitsgruppe zu ermitteln. Jedoch ist zu bedenken, dass das derzeitige Zinsniveau unbedingt ausgeschöpft werden sollte.

So hat die Verwaltung aktuell ein Angebot für ein Kreditvolumen in Höhe von 945.000 Euro bei einer Laufzeit von 30 Jahren. Der Zins ist ebenfalls für 30 Jahre gebunden und beträgt 2,08 Prozent.

Fördermittel durch Dritte:

Das Abgreifen von möglichen Fördergeldern, um die Kreditaufnahme zu reduzieren, sollte zwingend von der Arbeitsgruppe betrachtet werden.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Amtsausschuss / Der Amtsausschuss beschließt:

- Es wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die die Möglichkeiten der räumlichen Erweiterung mit geeigneten Architekten erörtert.
- Die Arbeitsgruppe legt den Gremien möglichst schon zu den Beratungen des Haushaltes 2017 eine Beschlussvorlage mit der konkreten Baumaßnahme, den Kosten und insbesondere der Finanzierung vor.
- Es sind sämtliche Fördermöglichkeiten auszuschöpfen.

- In die Arbeitsgruppe werden entsandt:
 - Der Amtsvorsteher Moorrege
 - Der Amtsvorsteher Haseldorf (vorbehaltlich der entsprechenden Beschlussfassung)
 - Der Amtsdirektor
 - Frau Melanie Pein (zuständig für Förderungen und AktivRegion)
 - Herr Borchers als Hochbautechniker
 - Der Hauptausschussvorsitzende
 - Ein Mitglied des Personalrates
 - Die Gleichstellungsbeauftragte
 - Herr Frank Wulff (zuständig für Organisationsfragen)

Jürgensen

Anlagen: ./.